

Novotný, Jiří/Šouša, Jiří: *Banka ve znamení zeleného čtyřlístku. Agrární banka 1911–1938 (1948)* [Die Bank im Zeichen des grünen Kleeblatts. Die Agrarbank 1911–1938 (1948)].

Univerzita Karlova, vydavatelství Karolinum, Praha 1996, 419 S.

Jiří Novotný, der Leiter des Archivs der Tschechischen Nationalbank, und der Prager Wirtschaftshistoriker Jiří Šouša sind ein durch eine lange Reihe gemeinsamer bankengeschichtlicher Publikationen ausgewiesenes Forscherteam. Jüngster Ertrag ihrer Zusammenarbeit ist die vorliegende „Biographie“ der Agrarbank. Die „Bank im Zeichen des Kleeblatts“ war, obwohl nur von mittlerer Größe, eine der bedeutendsten tschechischen Aktienbanken der Zwischenkriegszeit. Sie war dies vor allem aufgrund einzigartig enger personeller und politischer Verflechtungen mit der Agrarbewegung bzw. der Agrarpartei.

Das Projekt eines Kreditinstituts speziell zur Bedienung der Finanzbedürfnisse der Landbevölkerung wurde seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ventiliert und im Jahr 1911 mit der Gründung der Agrarbank – de jure eine Aktien-, faktisch eine Genossenschaftsbank – realisiert. Die breite Streuung der Aktien in agrarischen Kreisen war eine Sicherheitsvorkehrung gegen feindliche Übernahmen. Die Bank leistete der agrarischen Bewegung finanziellen Flankenschutz. Sie profitierte von der Protektion durch die Agrarpartei, die wiederum maßgeblich die Personalpolitik der Bank bestimmte. Die Anfangsaktivitäten im Immobiliensektor, in der Agro- und der Landmaschinenindustrie dehnten sich bald auf eine Reihe von Konsumgüterbranchen aus. Die Agrarpartei verhalf der Bank auch zu einer profitablen Position in der Kriegswirtschaft.

Der Umsturz von 1918 festigte die Symbiose und verhalf der Agrarbank zu weiteren Positionsgewinnen im Kreditwesen der Ersten Republik. Hinter den Kulissen waren Stoupal, später Beran die Hauptstützen. Verwaltungsrat und Management sahen sich allerdings durch die oft politisierte Interessenperzeption des Aufsichtsrats in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Auch die Bankengesetzgebung von 1924, Reaktion auf die Deflationskrise von 1922/23, die die Interventionen des Staates in bis dahin ungekanntem Ausmaß ausweitete, verengte den Handlungsspielraum. Andererseits brachte der Konjunkturaufschwung ab Mitte der zwanziger Jahre den Ausbau, die Differenzierung und Professionalisierung der inneren Organisation, steigende Beschäftigtenzahlen und eine neuerliche Ausweitung der Transaktionen in hochprofitablen Branchen wie etwa dem Zuckerhandel mit sich. Wie andere Banken gruppierte die Agrarbank nun einen Konzern um sich. Neben den Pfeilern „Zucker- und Lebensmittelindustrie“ waren die Holz-, die Bau- und die Textilbranche, der Maschinenbau und das Montanwesen vertreten; die Politik ebnete den Weg in die Wittkowitz Eisenwerke, die Škodawerke und den Aussiger Verein für Chemische und Metallurgische Produktion. Das Landwirtschafts- und das Verteidigungsministerium – beides Domänen der Agrarpartei – vermittelten Staatsaufträge an Konzernunternehmen. Im Zeichen der Ausweitung der Auslandskontakte stiegen die Kapitalausfuhr in die Nachbarländer und die Staaten der Kleinen Entente; deutlich weniger erfolgreich entwickelten sich lediglich die Beziehungen mit Deutschland.

In den dreißiger Jahren war die Agrarbank fest in der Wirtschaft der Republik verankert. War sie hinsichtlich Personal und Leitungsorganen, Aktionären und Sparern in erster Linie ein angesehenes nationaltschechisches Institut, so fanden sich doch auch Slowaken und Angehörige der nationalen Minderheiten unter den Kunden. Markenzeichen blieb die Verbindung mit der Agrarpartei. Waren die – immer relativ großzügig gehandhabten – Massenkleinkredite an Landwirte auch nicht mehr das Zentrum der Aktivitäten, so stellten sie doch nach wie vor eine Säule des Geschäfts dar. Die „ständischen Pflichten“ gegenüber der Landwirtschaft gerieten allerdings zunehmend in ein Spannungsverhältnis zu den Gewinninteressen des Instituts und zu den finanziellen Bedürfnissen der Agrarpartei. Die Indienstnahme durch die Politik wurde in den dreißiger Jahren noch einmal besonders deutlich im Zusammenhang mit der Kronenabwertung. 1937/38 befürwortete die Bank dann – auf einer Linie mit den Agrariern – im Interesse der Rettung des Staates die Anlehnung der Tschechoslowakei an Deutschland. Das Jahrzehnt zwischen 1938 und 1948 war nur mehr Epilog: Folge der deutschen Besetzung war ein weitreichender Personalaustausch, die Penetration durch deutsches Kapital und die Einbindung in die Kriegswirtschaft. Nach dem Ende des Krieges wurde das Institut nationalisiert; die Einbindung in die Planwirtschaft führte zum Aufgehen in einem staatlichen Bankensystem nach sowjetischem Modell.

Die akribisch aus den Quellen gearbeitete Studie besticht sowohl im bankengeschichtlichen Detail als auch durch die Einbettung der Unternehmensgeschichte in die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der Ersten Tschechoslowakischen Republik.